



## ERFAHRUNGEN JUNGER MENSCHEN IN DER POLITIKBERATUNG – BETEILIGUNGSPRAXIS JUNGER MENSCHEN AUF BUNDESEBENE

### ABSTRACT

Das Bundesjugendkuratorium hat sich in der 20. Legislaturperiode mit jungen Menschen über ihr politisches Engagement in der Politikberatung auf Bundesebene ausgetauscht. Im Fokus standen die aktuellen Bedingungen von entsprechenden Teilnehmungsformaten und mögliche Ansatzpunkte, diese zu verbessern beziehungsweise nachhaltig zu sichern. Die Erfahrungen und Ideen der jungen Menschen werden in der vorliegenden Publikation sichtbar gemacht.

#### Strukturelle Barrieren, praktische Herausforderungen und unterschiedliche Erfahrungen

Es zeigen sich große Unterschiede zwischen verschiedenen Teilnehmungsformaten in der Politikberatung mit Blick auf die An- und Einbindung in den jeweiligen Bundesministerien und die organisatorische, fachliche aber auch pädagogische Unterstützung und Begleitung der jungen Menschen. Zu praktischen Herausforderungen, denen junge Menschen in unterschiedlichen Teilnehmungsformaten begegnen, zählen unter anderem der zeitliche und organisatorische Aufwand und die mitunter hohen Auslagen von Kosten, die beispielsweise für Reisen anfallen. Diese und weitere strukturelle Barrieren verstärken die Problematik ungleicher Zugänge zu Teilnehmungsöglichkeiten. Weiter wird die fehlende Rückmeldung mit Blick auf die Beratungsergebnisse vielfach angemerkt: Junge Menschen erfahren oft nicht, ob und inwieweit ihre Vorschläge Gehör und Eingang in bestimmte Prozesse gefunden haben. Mehr Dialog sei erforderlich, um die eigene Rolle und externe Erwartungen zu klären.

#### Transparenz und Wertschätzung als Anliegen

Die jungen Menschen begrüßen die Vielfalt an unterschiedlichen Formaten in der Politikberatung, äußern jedoch allem voran die Forderung nach mehr Transparenz – zum zeitlichen Aufwand der Gremienarbeit, zu bestehenden Formaten und deren Rahmenbedingungen und zum Stellenwert der eigenen Empfehlungen im politischen Prozess. Eine gelingende Teilnehmung junger Menschen erfordere ein Bewusstsein auf Seiten der jeweiligen Bundesministerien für die Bedeutung von Jugendteilnehmung, eine frühzeitige Einbindung in Beratungs- und Diskussionsprozesse sowie die Bereitstellung wichtiger Hintergrundinformationen. Für zukünftige Teilnehmungsformate wünschen sich junge Menschen feste und erreichbare Ansprechpartner:innen und einen wertschätzenden Umgang.

#### Kinder- und jugendgerechte Teilnehmungsöglichkeiten in der Politikberatung sind gefordert

Mit dem Ziel einer inklusiven sowie kinder- und jugendgerechten Gestaltung von Teilnehmungsöglichkeiten, müssen Barrieren für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der Politikberatung anerkannt und abgebaut werden.

**D**as Bundesjugendkuratorium (BJK) setzt sich schon seit einiger Zeit intensiv mit der Beteiligung junger Menschen in der Politikberatung auf Bundesebene auseinander und hat seit der 20. Legislaturperiode erstmals fünf Sachverständige unter 27 Jahren als gleichberechtigte Mitglieder – bei 15 Mitgliedern ist dies mindestens ein Drittel der Sachverständigen.

Ein besonderes Anliegen des BJK ist es, neben der Auseinandersetzung mit Leitlinien zur Politikberatung durch junge Menschen und damit verbundenen politischen Forderungen, auch einen Einblick in den aktuellen Stand der Beteiligung junger Menschen in Bundesministerien und dem Bundeskanzleramt zu erlangen und die strukturellen Bedingungen ihres Engagements zu reflektieren. Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung hat das BJK Ende 2023 zunächst junge Menschen, die sich politisch auf Bundesebene in der Politikberatung beteiligen, schriftlich befragt und darauf aufbauend im Sommer 2024 einen Workshop mit jungen Engagierten durchgeführt. Informiert durch die Ergebnisse dieses Austauschs mit jungen Menschen hat das BJK den Appell „Zentrale Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Beteiligungsformate junger Menschen auf Bundesebene“ im März 2025 veröffentlicht (Bundesjugendkuratorium 2025).

Im Rahmen des vorliegenden Papiers werden dahingegen die Erkenntnisse und Positionen, die auf den Erfahrungen der jungen Befragungs- und Workshopteilnehmenden in der Politikberatung beruhen, sichtbar gemacht und in den Vordergrund gestellt. Das BJK sieht das Papier als Gelegenheit, junge Menschen zu Wort kommen zu lassen.

## **EINLEITUNG: JUNGE MENSCHEN IN DER POLITIKBERATUNG**

Junge Menschen haben nicht nur das Recht auf politische Beteiligung (UN-KRK), sondern viele von ihnen auch den deutlichen Wunsch, dieses in Anspruch zu nehmen. Der 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung betont, dass sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wirksam in gesellschaftliche und politische Prozesse einbringen und ihre Anliegen dort vertreten möchten (Deutscher Bundestag 2024, S. 173). Für engagierte Heranwachsende sei es von Bedeutung, „dass ihre Stimme gehört wird und sie reale Veränderungen in der Gesellschaft bewirken können“ (ebd., S. 173). Doch insbesondere die

unzureichende Berücksichtigung junger Interessen in Zeiten der Covid-19-Pandemie und die fehlende Beteiligung verstärkte bei jungen Menschen die (berechtigte) Wahrnehmung, nicht gehört und ernst genommen zu werden (ebd., S. 258). Die Pandemie hat dabei exemplarisch gezeigt, dass die Mitbestimmung von jungen Menschen in Krisenzeiten aufgrund der fehlenden strukturellen Verankerung deutliche Einschränkungen erfahren kann. Entsprechend gilt es, daraus zu lernen und wirksame Beteiligungsstrukturen nachhaltig zu etablieren. Nur wenn die Politikberatung junger Menschen auch auf Bundesebene transparent und verlässlich ermöglicht wird, kann auch das Vertrauen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Politik gefestigt werden. Noch immer fehlt es oft an konkreten Strategien, wie das Recht auf politische Partizipation in konkreten Kontexten umgesetzt werden könnte (Canosa et al. 2022, S. 612–613).

Für junge Menschen bestehen heute verschiedene Möglichkeiten, sich politisch in der Politik einzubringen, welche unter anderem von der Teilnahme an einer Petition über Demonstrationen bis hin zu einer Parteimitgliedschaft reichen. Das Repertoire an Beteiligungsoptionen erweitert sich durch digitale Kommunikationsmedien – sichtbar an neuen Formen vernetzter Partizipation wie das Kommentieren oder Teilen politischer Inhalte in sozialen Medien (Strippel et al. 2024, S. 10). Während einige politische Aktivitäten sich eher indirekt an politisch Verantwortliche richten und stärker in den gesellschaftlichen Raum wirken, zählen die direkte Ansprache von Politiker:innen und die Politikberatung zu Formen, die sich unmittelbar an politische Entscheidungsträger:innen richten. Die direkte Kontaktaufnahme zu Politiker:innen, auch auf der kommunalen Ebene, nimmt über die letzten Jahre leicht aber kontinuierlich ab. Jugendliche und junge Erwachsene (16–34 Jahre) befinden sich dabei zudem etwas unter dem Durchschnitt älterer Altersgruppen (Emmer et al. 2021, S. 8).

Es kann jedoch zugleich eine Zunahme an Beteiligungsformaten beobachtet werden, welche die Politikberatung für junge Menschen öffnen sollen. Dazu zählen auf Bundesebene beispielhaft die Koordinationsstellen für Jugendbeteiligung in einigen Ministerien (z.B. Koordinierungsstelle für Jugendbeteiligung in Klimafragen im BMWK), Austauschforen (z.B. Jugendpolitiktage), Jugendbeiräte (z.B. BMZ-Jugendbeirat) oder auch gemischte Beratungsgremien (z.B. Jugendpolitischer Beirat des BMFSFJ).

Mit Blick auf die Politikberatung und politische Gremienarbeit junger Menschen werden in der Forschung wie auch in der Praxis gegenwärtige Herausforderungen und Bedarfe deutlich. Insbesondere die Frage nach der Rolle von Erwachsenen und die Aufteilung, Abgabe oder Ausübung von Handlungsmacht spielen in Modellen, die sich mit der Partizipation junger Menschen in Erwachsenen-dominierten Kontexten befassen, eine wichtige Rolle (Corney et al. 2022, S. 684). Mit Blick auf das Engagement junger Menschen in Teilnehmungsformaten auf kommunaler Ebene zeigt die Forschung, dass bestehende adultistische Praxen, aber auch Unklarheiten über die Rolle der jungen Menschen, die Zugänge erschweren (Augsberger et al. 2024, S. 6). Adultismus kann dabei sowohl in der Interaktion zwischen jungen Menschen und Erwachsenen, wie auch in Strukturen zum Ausdruck kommen (Bertrand et al. 2023, S. 2575). Darüber hinaus tragen die bestehende Infrastruktur, personelle wie auch finanzielle Ressourcen und Unterstützungsstrukturen entscheidend dazu bei, wie Jugendbeteiligung gelingt. Als weitere Schwierigkeit wird immer wieder die Frage der Repräsentativität von Jugendgremien diskutiert und den jungen Menschen eine selektive Interessenvertretung unterstellt (Augsberger et al. 2024, S.6), dies aber selten auf vergleichbare Gremien der Erwachsenen bezogen.

#### Infokasten ADULTISMUS

Adultismus meint, dass jungen Menschen aufgrund ihres Alters bestimmte Fähigkeiten und Kompetenzen abgesprochen werden. Dies beruht auf der Annahme, es handele sich bei jungen Menschen um eine einheitliche Gruppe, die sich – in Abgrenzung zu Erwachsenen – beispielsweise durch Eigenschaften wie Naivität oder Impulsivität auszeichne (Corney et al. 2022, S. 680). Die Idee einer erwachsenen Überlegenheit begründet sich dabei wiederum auf Eigenschaften die Erwachsenen pauschal aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters zugeschrieben werden, wie Intelligenz oder Reife (Bertrand et al. 2023, S. 2574). In der Konsequenz wird beispielsweise behauptet, junge Menschen seien insgesamt noch nicht bereit für politische Partizipation (Cahill und Dadvand 2018, S. 244).

Auch in einem Hearing im Rahmen des 17. Kinder- und Jugendberichts äußerten sich junge engagierte Menschen

zu bestehenden Schwierigkeiten in verschiedenen Teilnehmungsverfahren. Als zentrale Punkte werden „unzureichende finanzielle Unterstützung, Hürden bei der Beantragung von Fördergeldern sowie fehlende pädagogische Begleitung in Gremien“ (Deutscher Bundestag 2024, S. 175) wie auch die hohe Auslage von Kosten und Kommunikationsstrukturen genannt. Hier gebe es weiteren Unterstützungsbedarf (ebd., S. 175). Thematisiert wird auch die hohe Abhängigkeit vom Interesse und der Aufgeschlossenheit politischer Verantwortlicher gegenüber dem Engagement und den Anliegen junger Menschen für eine gelingende Politikberatung (ebd., S. 175). Die politische Beteiligung sei mit hohen Anforderungen verbunden, welche von „Wissen um rechtliche Vorgaben und Verwaltungsabläufe“ über „finanzielle oder zeitliche Ressourcen“ bis hin zu „Sprachkenntnisse[n] und Bildungsniveau“ reichen (ebd., S. 173). Das Fehlen nachhaltiger Strukturen der Jugendbeteiligung führe dazu, dass Meinungen nur punktuell erfragt und verwertet würden. Zudem werde deutlich, dass junge Menschen und ihre Anliegen auf höheren politischen Entscheidungsebenen nicht ausreichend ernst genommen werden (ebd., S. 173). Die Autor:innen des 17. Kinder- und Jugendberichts zählen „die Anerkennung junger Menschen als Expert:innen ihrer Lebenswelt und die rechtliche Verankerung ihrer Beteiligung an relevanten Entscheidungsprozessen“ zu den Erfolgsfaktoren von Kinder- und Jugendbeteiligung (ebd., S. 176).

#### ERFAHRUNGEN JUNGER MENSCHEN IN BETEILIGUNGSFORMATEN AUF BUNDESEBENE

Die schriftliche Online-Befragung junger Menschen zum Thema „Strukturelle Beteiligung junger Menschen auf bundespolitischer Ebene“ des BJK fand im Zeitraum vom 16.11.2023 bis zum 15.01.2024 (ca. acht Wochen) statt. Die Umfrage wurde über ausgewählte Verteiler wie auch direkte Kontaktadressen per E-Mail an junge Menschen versandt, die sich in Gremien oder anderen Teilnehmungsformaten auf Bundesebene engagieren – wobei um eine Weiterleitung an weitere engagierte junge Menschen gebeten wurde. An der Online-Umfrage nahmen 74 Teilnehmende zwischen 14 und 30 Jahren teil<sup>1</sup>. Die Umfrage erhob neben soziodemografischen Angaben und der Bereitschaft der Befragten, an einem darauffolgenden Workshop teilzunehmen, vor allem die Erfahrungen der jungen

<sup>1</sup> Nach Bereinigung der Rohdaten, Ausschluss unvollständiger Fälle sowie Personen über 30 Jahren

Menschen in ihrem politischen Engagement in der Politikberatung auf Bundesebene mithilfe geschlossener wie auch offener Fragen. Dabei fokussierte die Umfrage inhaltlich auf die Strukturbedingungen des Engagements (Organisation, Zusammensetzung, Kostenübernahme, Aufnahmeprozess), die Kommunikation in und Wirksamkeit von Gremien sowie die Unterstützung von und Einflussmöglichkeiten der jungen Menschen.

Zusammenfassend wird im Rahmen der Befragung eine große Spannweite an verschiedenen Formaten und äußeren Strukturbedingungen deutlich: Es zeigen sich Unterschiede bei Höhe und Existenz von Aufwandsentschädigungen, beim Vorgehen in Berufungs- und Auswahlprozessen, bei der Zusammensetzung der Gremien sowie der Organisation von Sitzungen.

Die Teilnehmenden der Befragung bewerten die Kommunikation in ihren Gremien<sup>2</sup> mehrheitlich als offen sowie ehrlich ihnen gegenüber und sie haben das Gefühl, ihre Positionen in die Gremienarbeit einbringen zu können – auch wenn die eigenen Einflusschancen nicht immer von Beginn an klar definiert wurden. Ein Großteil der Befragten berichtet von Begleitungs- bzw. Unterstützungsangeboten für junge Menschen im Gremium. Über die grundsätzliche Wirksamkeit des Gremiums, aber auch mit Blick auf das Anliegen, die Jugendbeteiligung im Allgemeinen zu verbessern, bestehen eher geteilte Meinungen.

In den offenen Fragen der Erhebung zeigen sich Schwierigkeiten und Herausforderungen vor allem in der unzureichenden Wertschätzung und inhaltlichen Einbindung, der fehlenden oder unzureichenden Aufwandsentschädigung sowie der Komplexität und Undurchsichtigkeit der Strukturen, der geringen Selbstwirksamkeit junger Engagierter und der mangelnden Berücksichtigung anderer Verpflichtungen. Als besonders hilfreich wird dahingegen die Unterstützung und Verfügbarkeit von Ansprechpartner:innen wahrgenommen, wie auch offene Kommunikation, Wertschätzung und finanzielle Kompensation.

Am 22.06.2024 veranstaltete das BJK einen Workshop zur strukturellen Beteiligung junger Menschen auf Bundesebene. Die Einladung zum Workshop erfolgte zunächst an alle Teilnehmenden der vorab durchgeführten Befragung,

die in diesem Rahmen ihr Interesse zeigten. Eine Weiterleitung der Einladung an interessierte junge Menschen, die in einem jugendpolitischen Gremium aktiv sind, war ausdrücklich gewünscht. An der Veranstaltung in Berlin nahmen zehn junge Personen teil, die sich in verschiedenen Gremien, wie beispielsweise dem developmentpolitischen Jugendbeirat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) oder dem Jugendforum youpaN engagieren. Neben einer professionellen Moderation begleiteten zwei der unter 27-jährigen Mitglieder des Bundesjugendkuratoriums den Austausch zu zwei zentralen Themenschwerpunkten – der eigenen Rolle als Expert:innen und den Prozessen der Gremienarbeit.

- In einer ersten Runde wurde der aktuelle Ist-Zustand mit Blick auf beide Fragestellungen erarbeitet. Dabei stand die Frage im Zentrum, was die einzelnen Teilnehmenden oder auch andere Engagierte davon abhalte, ihre Rolle als Expert:innen und Berater:innen noch wirksamer auszufüllen. Der weitere Schwerpunkt lag auf der Frage, welche Strukturen oder Prozesse in den Gremien eine wirksame Politikberatung auf Bundesebene bedingen.
- In einem zweiten Schritt blickten die Teilnehmenden in die Zukunft und beschäftigten sich mit der Frage, welche strukturellen Bedingungen für Gremien wie auch Individuen gegeben sein müssten, um von einer gelingenden Verankerung der Beteiligung junger Menschen auf Bundesebene sprechen zu können.

Die Ergebnisse der Diskussionsrunden im Rahmen des Beteiligungsworkshops können in verschiedene Themenbereiche zusammengefasst werden, die im Folgenden vorgestellt werden. Alle Aussagen wurden in einem vertraulichen Kontext getroffen und sind im Rahmen dieser Dokumentation so abstrahiert, dass keine Rückschlüsse auf Personen oder einzelne Gremien möglich sind. Die jungen Erwachsenen erhielten zudem vorab die Möglichkeit, die zusammengefassten Ergebnisse gegenzulesen und zu kommentieren.

<sup>2</sup>Die zum Teil hohe Anzahl an fehlenden Angaben (meist rund 28 Fälle von insgesamt 74 Teilnehmenden) kann ein Hinweis darauf sein, dass einige Befragte nicht in Gremien organisiert sind und sich bei gremienspezifischen Fragen enthalten. Allgemein sind die Ergebnisse somit nur als Stimmungsbild zu sehen.

## ERMÖGLICHUNGSBEDINGUNGEN: JUNGE MENSCHEN IN DER POLITIKBERATUNG

Der Blick auf den Ist-Zustand basiert auf den Erfahrungen, welche die jungen Menschen in ihrem politischen Engagement auf Bundesebene in der Politikberatung bisher gemacht haben, inklusive der Herausforderungen, Schwierigkeiten und strukturellen Gegebenheiten, denen sie begegnet sind.

### Zeitaufwand

Ein zentrales Thema ist der Zeitaufwand, den die Teilnehmenden für ihre ehrenamtliche Gremienarbeit aufbringen: Ein Teil der Teilnehmenden berichtet von durchschnittlich etwa zehn Stunden pro Woche. Besonders zeitaufwändig seien organisatorische und administrative Prozesse. Abrechnungen, zum Beispiel für Reisen, benötigen zudem Zeit. Aus Sicht der jungen Menschen sei inhaltlich effizientes Arbeiten nur schwer möglich, wenn viel Zeit dafür verwendet werde, organisatorisch dafür zu sorgen, arbeitsfähig zu sein.

Weiter gebe es aus Sicht der jungen Menschen einige Aufgaben und Anliegen, welche per E-Mail effizienter und zeitsparender besprochen werden könnten, anstatt dafür eine zeitlich umfassendere Besprechung zu vereinbaren. Innerhalb des Gremiums finde zum Teil eine ungleiche Aufgaben- und Verantwortungsverteilung statt, so dass einige junge Menschen deutlich mehr Zeit investieren als andere Mitglieder. Dies wird jedoch als natürliche Situation in Gruppen und als weniger problematisch bewertet. Dahingegen wird kritisiert, dass der hohe Zeitaufwand nicht von Beginn an transparent kommuniziert werde. Im Auswahl- beziehungsweise Bewerbungsverfahren würde häufiger eine geringere Anzahl an Stunden genannt, als die, welche tatsächlich für das Ehrenamt aufgebracht werden.

### Unterstützung und Begleitung

Bei dem Themenkomplex der Unterstützung beziehungsweise Begleitung der jungen Menschen zeigt sich eine Ambivalenz zwischen dem Wunsch nach Autonomie und Freiräumen auf der einen und dem Wunsch nach einer unterstützenden Begleitung auf der anderen Seite. Die Teilnehmenden unterscheiden in ihren Debatten zwischen organisatorischer und pädagogischer sowie wissenschaftlicher Begleitung. Dabei variiere das Maß an Unterstützung stark in Abhängigkeit davon, ob das Beteiligungs-

format direkt an einem Ministerium verortet oder als eigenständiges Projekt von einem anderen Träger im Auftrag des Ministeriums konzipiert sei. Es wird angemerkt, dass in den zur Unterstützung des Gremiums vorgesehenen Stellen häufig Personal fehle und diese deswegen bereits mit dem anfallenden Verwaltungsaufwand ausgelastet seien, ohne darüber hinaus auch inhaltliche Hilfestellung geben zu können. Auch eine mangelnde Anleitung von Seiten der Ministerien wird von einzelnen Teilnehmenden festgestellt. Ohne eine verständnisvolle Begleitung könne es auch vorkommen, dass die gängigen Verhaltensweisen im politischen Raum („politischer Habitus“) eher einschüchternd und verunsichernd auf junge Menschen wirken können. Begleitung könne die Machtasymmetrie durchaus moderieren.

### Transparenz, Anerkennung und Wertschätzung

Wie bereits erwähnt, thematisieren die jungen Menschen, dass zu Beginn ihrer Tätigkeit nicht transparent genug über Erwartungen und Zeitaufwand gesprochen wurde. Weiter mangle es an Transparenz und Rückmeldung in Bezug auf die Ergebnisverwertung: In vielen Fällen wissen die jungen Menschen nicht, ob und inwieweit ihre Vorschläge Gehör oder Eingang in bestimmte Prozesse gefunden haben. Dies berge hohes Frustrationspotential. Ebenso problematisieren einige Teilnehmende mangelnde Informationen mit Blick auf hilfreiches Hintergrundwissen, inhaltliche Fragestellungen aber auch die komplexen politischen Strukturen und Abläufe. Auf aktive Fragen würden sie häufig nur sehr verzögert eine Rückmeldung erhalten; zu relevanten Informationen fehle oft der Zugang. Das Wissen über finanzielle Fördermöglichkeiten („Fördertöpfe“) sei oft nicht gegeben, oder der Zugriff sei durch hohe bürokratische Hürden erschwert.

Die jungen Erwachsenen zeigen sich zunächst zufrieden mit der eigenen Wirksamkeit in ihrem Engagement auf Bundesebene. Auf Nachfrage zeigt sich jedoch, dass sie eine durchaus reflexive und realistische Auffassung von Politikberatung vertreten. Es bestehe nicht die Erwartung, dass eigene Positionen durchgesetzt werden, sondern lediglich, dass diese gehört und in den Prozess aufgenommen werden. Kritisch diskutiert wird die Wertschätzung, die den jungen Menschen und ihrer Expertise von politischen Akteur:innen entgegengebracht werde, wie auch die Wertigkeit, die den eigenen Handlungsempfehlungen durch das Ministerium zugesprochen werde. Sehr deutlich

sei, dass den Anregungen anderer Akteur:innen, wie beispielsweise der Wirtschafts- und Fachverbände oder von älteren Expert:innen, deutlich mehr Gewicht verliehen werde.

Zentral sei in jedem Fall, dass eine realistische Einschätzung der eigenen Beratungstätigkeit eine Rückmeldung darüber voraussetze, wie die Gesprächsinhalte und Positionen im politischen Prozess verwertet wurden. Grundsätzlich biete das Arbeiten in „Erwachsenenstrukturen“ für junge Menschen nur geringe Chancen auf Selbstwirksamkeitserfahrungen. Gleichzeitig könne Wertschätzung nicht nur durch die Anerkennung der inhaltlichen Beiträge, sondern auch durch die entsprechenden äußeren Bedingungen geschaffen werden. An dieser Stelle kritisierten die jungen Erwachsenen beispielsweise auch die Unterbringung in Mehrbettzimmern.

#### Arbeitsweise und Zusammenarbeit mit Ministerien

Vorwiegend zufrieden zeigen sich die jungen Menschen mit dem Kommentierungsprozess von politischen Papieren wie beispielsweise Gesetzesvorhaben. Jedoch wurde in einzelnen Fällen auch von unzureichender Hintergrundinformation und von einem sehr kurzen Zeitfenster für die Kommentierung berichtet. Sie merken an, dass sie oft erst sehr spät in einen Prozess integriert würden und lediglich die finale Fassung eines Entwurfes kommentieren dürften.

Mit Blick auf das Agenda-Setting in Gremien zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Formaten: Einige Jugendliche und junge Erwachsene können Themen, die sie bearbeiten, selbst in dem Beratungskontext einbringen; in anderen Fällen werden die Themen vorgegeben. Einige junge Menschen berichten zudem von Herausforderungen, wenn sie als Ehrenamtliche in Runden säßen, die sonst nur aus hauptamtlich arbeitenden Personen bestünden.

Die jungen Menschen merken an, dass im Ministerium stattfindende Beteiligungsformate oft hausintern unbekannt seien und nicht alle Abteilungen beziehungsweise Referate informiert seien. Somit sei die jeweilige Zusammenarbeit zwischen einem Referat und dem Gremium stark von einzelnen Personen und deren Motivation, junge Menschen einzubinden, abhängig. Auch sei es sehr personenabhängig, ob die jungen Menschen als anstren-

gend und zu fordernd oder als anerkannte Dialogpartner:innen wahrgenommen würden. Teilweise entstehe auch der Eindruck, dass sie nur dann angesprochen würden, wenn es für die Kommunikation eines Themas nach außen eine junge Stimme brauche.

Ein weiteres Problem sei die Unklarheit darüber, welche Personen als Ansprechpersonen für welche Anliegen gelten. Allgemein sei die Arbeitsweise im Ministerium durch eine starke Verwaltungslogik dominiert, welche kaum beteiligungsorientiert sei.

#### Kosten und Vergütung

Grundsätzlich sei in den Ministerien die Erwartungshaltung gegenüber dem ehrenamtlichen Engagement junger Menschen sehr hoch. Ein großer Belastungsfaktor stellen die oft hohen finanziellen Auslagen dar, die junge Menschen auch über längere Zeiträume beispielsweise für Reise und Unterbringung vorstrecken müssen. Einzelne junge Menschen berichten von Beiträgen im vierstelligen Bereich, auf deren Rückzahlung sie bereits seit längerem warten. Die Option, das Geld nicht privat vor auszahlen zu müssen, sei nicht immer gegeben. Verpflegungspauschalen unterscheiden sich zudem zwischen verschiedenen Beteiligungsformaten. Insbesondere aus der Perspektive, dass die Zeit, die in Gremien investiert werde, nicht in Jobs und bezahlte Arbeit investiert werden könne, sei dieser Aspekt sehr ungünstig.

Aus Sicht der Teilnehmenden sollte die Aufwandsentschädigung keine Motivation sein, sich politisch zu engagieren, jedoch sollte gleichzeitig das politische Engagement nicht mit finanzieller Belastung einhergehen. Denn dies könne zur Folge haben, dass sich nicht jeder junge Mensch politische Beteiligung und Politikberatung leisten könne. Vor diesem Hintergrund sei es ebenfalls kritisch, dass vorausgesetzt werde, dass junge Menschen über die notwendige private Hardware verfügen und diese auch für ihr politisches Ehrenamt selbstverständlich nutzen. Darüber hinaus wurde angemerkt, dass die Ehrenamtpauschale zu niedrig sei.

#### Diversität und jugendgerechte Gestaltung

Mit Blick auf den Rekrutierungsprozess und die Gremienzusammensetzung wurde eine mangelnde Diversitätssensibilität festgestellt. Auszubildende, Jugendliche mit Behinderungen, People of Colour, oder auch Jugendliche aus schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen und –

ohnehin – junge Menschen unter 14 Jahren – Kinder – seien unterrepräsentiert. Das nicht selten angewandte Bewerbungsprinzip der Selbstselektion verstärke die Problematik – Auswahlprozesse seien zudem oft intransparent. Der bereits angesprochene hohe Zeitaufwand sowie die hohe Kostenauslegung verstärkten ungleiche Beteiligungsmöglichkeiten. Junge Menschen, die nicht in Großstädten oder Ballungsräumen leben, müssten zudem häufig früher abreisen und könnten so an Gelegenheiten, sich sozial zu vernetzen, nicht teilnehmen. Generell können die Reisen für jüngere Menschen herausfordernd sein. Aufgrund der bestehenden Richtlinien zum Bundesreisekostengesetz komme es vor, dass junge Menschen noch spät nachts unterwegs seien.

### Selbstverständnis und Mandat

Insgesamt erscheint eine Rollenklärung für die Beteiligungsformate wichtig. Junge Menschen wissen häufig nicht, ob sie sich selbst eher als Expert:innen und Sachverständige wahrnehmen sollen und gesehen werden, oder ob sie sich als repräsentative Vertreter:innen der aktuellen jungen Generation verstehen sollen und angesprochen werden. Auch von außen begegne ihnen oft Unsicherheit darüber, zu welchem Zweck ein Beteiligungsformat bestehe. Zudem: Wenn Personen aus Beteiligungsformaten ausscheiden und Nachfolger:innen bestimmt werden, bestehe das Problem, dass der Wissenstransfer und die Übergabe von Aufgaben nicht gewährleistet seien. Vor allem ein etabliertes Netzwerk an Kontakten könne darunter leiden, wenn ursprüngliche Kontaktpersonen nicht mehr erreichbar seien.

### Unterschiedliche Interessen in der Jugendbeteiligung

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) gilt vielfach in der Bundespolitik als die zentrale Jugendvertretung. Junge Menschen, die nicht den DBJR vertreten oder durch diesen vertreten werden, sind mitunter verunsichert, in welchem Verhältnis sie zu den Jugendverbänden und deren Vertreter:innen stehen. Sie wünschen sich mehr Transparenz und einerseits ein gemeinsames Engagement sowie andererseits mehr Klarheit, wer welche Interessen vertritt, wer wofür politisch angefragt wird und wo auch Unterschiede liegen. Es sei wichtig zu sehen, welche jungen Menschen zum Beispiel durch die Verbände vertreten würden und welche Positionen von anderen Selbstorganisationen, jungen Menschen aus anderen Initiativen oder einzelnen jungen Menschen vertreten würden.

## ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN: WIE KANN BETEILIGUNG PERSPEKTIVISCH GELINGEN

Insgesamt stellen die Teilnehmenden heraus, dass es gerade unterschiedliche Formate von jungen Menschen in der Politikberatung brauche, um auch junge Menschen in unterschiedlichen Altersgruppen und Lebenslagen zu erreichen. Dabei könnten junge Menschen über ihr zivilgesellschaftliches Engagement aber auch – wie im Umgang mit Erwachsenen über ihre Verbände oder Organisationen – als Dienstleister:innen in der Politikberatung eingebunden werden.



Grundsätzlich sei wichtig, dass transparent gemacht werde, als wer und zu welchem Zweck sie angefragt werden und wie die jungen Menschen ausgewählt würden.

Darüber hinaus erscheint ein besserer Umgang mit den Zeitressourcen der jungen Menschen notwendig. Genannt wurden hier beispielweise eine stärkere Unterstützung bei administrativen Aufgaben, wie der Abrechnung von Reisekosten, oder auch die verstärkte Nutzung von schriftlichen Absprachen sowie digitalen Formaten anstelle von Präsenzsitzungen. Ebenso wünschenswert ist die transparente Kommunikation des potentiellen Zeitaufwandes bereits bei der Bewerbung oder zu Beginn des Ehrenamtes.

Bezüglich der Begleitung der Gremienarbeit zum Beispiel durch Mitarbeitende in den Ministerien wünschen sich die jungen Menschen zuverlässige und für den Kontext der Politikberatung entscheidungsbefugte Ansprechpartner:innen mit eindeutigen Zuständigkeiten. Zudem wäre es hilfreich, wenn die jungen Menschen sowohl für administrative Prozesse wie auch für fachspezifische und inhaltliche Fragen Unterstützung erfahren könnten. Pädagogisch unterstützende Fachkräfte können dabei helfen, den Beratungsprozess zu moderieren, die jungen Menschen in ihren Strategien zu beraten oder auch zwischen verschiedenen Akteuren zu vermitteln. Die jungen Menschen würden weiterhin auch wissenschaftliche Beratung begrüßen. Grundsätzlich fordern die jungen Menschen ein Recht darauf, relevante und für die Beratung notwendige Informationen rechtzeitig zu erhalten. Neben der transparenten Gestaltung der Beratungsprozesse ist auch der wertschätzende Umgang mit den jungen Menschen von großer Bedeutung.



Die Anerkennung der Beratungsleistung sei grundlegend für eine gelingende Zusammenarbeit.

Dabei wünschen sich die Teilnehmenden auch als gleichberechtigte Personen wahrgenommen zu werden. Sehr deutlich wurde der Wunsch, dass die jungen Menschen im Anschluss an Beratungsprozesse weiterhin über den Verlauf der jeweiligen politischen Diskussionen und besonders die Verarbeitung der eigenen Empfehlungen informiert werden.

Um die Leistungen der Ministerien im Bereich der Jugendbeteiligung überprüfen und vergleichen zu können, schlagen die jungen Menschen eine transparente und öffentlich einsehbare Übersicht über alle Beteiligungsformate und deren Rahmenbedingungen vor, welche von allen Ministerien verpflichtend ausgefüllt wird. Zudem begrüßen sie die Idee, vergleichbar mit dem ifo-Geschäftsklima-Index, einen Jugend-Zukunftsklima-Index<sup>3</sup> zu installieren.

Die Sichtbarkeit ihrer eigenen Beratungstätigkeit nach außen ist für die Beteiligten ebenfalls von Interesse. Sie plädieren dafür, die Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen auf Bundesebene stärker zu bewerben und über deren Arbeit zu berichten. Soziale Medien seien dafür geeignet, die eigenen Altersgruppen zu erreichen, aber auch die Information über politische Mitwirkungsmöglichkeiten zum Beispiel im Schulunterricht oder in der Kinder- und Jugendarbeit sei notwendig.

Sehr eindeutig äußern die jungen Menschen den Wunsch, dass im jeweiligen Bundesministerium mehr Bewusstsein für die Notwendigkeit und – wenn vorhanden – die Existenz der Beratung durch junge Menschen geschaffen werde. Es sei wichtig, dass alle Ministerien und in den Ministerien alle Referate über die jeweilige Jugendbeteiligung und Verfahren informiert seien. Aus diesem Grund sehen die jungen Menschen eine feste Verankerung des jeweiligen Formates in der Struktur des Ministeriums als sinnvoll an. Grundsätzlich funktioniere – wenn sie vorhanden sei – die Zusammenarbeit auf Referateebene gut, jedoch sei es auch hilfreich, wenn die Leitungsebene ebenfalls signalisiere, welche Bedeutung der Jugendbeteiligung für die Arbeit des Ministeriums zukomme.

Zudem besteht der Anspruch, dass Beratungsgremien mit jungen Menschen schon zu einem früheren Zeitpunkt in Prozesse in Ministerien eingebunden werden.



Eine wirkungsvolle Verankerung der Beteiligung junger Menschen auf Bundesebene sei dann erreicht, wenn diese bereits frühzeitig bei der Entwicklung von kinder- und jugendpolitisch relevanten Gesetzesvorhaben in den Beratungs- und Diskussionsprozess einbezogen würden.

Die jungen Menschen fordern zudem eine Informationspflicht ein. Für eine effektive und zielführende Politikberatung sei es notwendig, über wichtige Hintergrundinformationen, Prozessabläufe, Zuständigkeiten und Debatten informiert zu sein. Ebenso diskutiert wird die Einsetzung eines Jugendbeauftragten, der sich für die Verankerung und sinnvolle Gestaltung der Jugendbeteiligung auf Bundesebene einsetzt.

Eine gelingende Beteiligung junger Menschen auf Bundesebene sei dann nachhaltig verankert, wenn die Grundlagen für die Teilnahme an einem Beteiligungsformat bereitgestellt werden, ohne dass zusätzliche Kosten für junge Menschen entstehen. Dies beinhaltet die Übernahme der Fahrtkosten, die barrierefreie und kinder- und jugendgerechte Unterbringung sowie Verpflegung. Das Ziel sei, dass für alle monetären Ausgaben die Option bestehe, das Geld nicht persönlich vorstrecken zu müssen. Sei dies nicht gewährleistet, müsse eine schnelle Rückerstattung ausgelegter Kosten erfolgen, um allen jungen Erwachsenen unabhängig von ihrer finanziellen Situation, ein Engagement zu ermöglichen.

Mit Blick auf eine Aufwandsentschädigung oder Gratifikation für ihre ehrenamtliche Tätigkeit sprechen sich die jungen Menschen für einheitliche und transparente ministeriumsübergreifende Regelungen aus, die für alle jungen Menschen gelten. Eine Gratifikation in Höhe von 35 Euro pro Stunde sei aus Sicht der jungen Menschen wünschenswert. Ebenso wird die Erhöhung der Ehrenamtszuschale als hilfreicher Aspekt genannt. Die jungen Menschen sehen es als sinnvoll an, Fragen der Vergütung

<sup>3</sup> Diese Idee hat Dr. Frank Tillmann von Deutschen Jugendinstitut (Halle) in einem anderen Kontext in die jugendpolitische Diskussion eingebracht.

---

auch in der jeweiligen Geschäftsordnung eines Gremiums transparent festzuhalten.

Kontaktpersonen für dieses Papier: Marie Borst, Daniela Broda, Baro Vicenta Ra Gabbert, Nikolas Karanikolas und Wolfgang Schröer

## **AUSBLICK: INKLUSIVE GESTALTUNG DER BETEILIGUNG JUNGER MENSCHEN IN DER POLITIKBERATUNG**

Die Beteiligung junger Menschen in der Politikberatung müsse insgesamt inklusionsorientierter organisiert sein. Barrieren müssen erkannt und abgebaut werden. Auch Kinder und nicht nur Jugendliche und junge Erwachsene sollten einbezogen werden. Um Kosten einer inklusiveren Gestaltung zu decken, müssen notwendige finanzielle Mittel vorhanden und einfach abrufbar sein. In Zusammenarbeit mit den jungen Menschen und auch innerhalb des Gremiums sollte eine einfache und gut verständliche Sprache verwendet werden.

Um zu gewährleisten, dass beispielsweise mehr Auszubildende politisch partizipieren können, sei es wünschenswert, dass Arbeitgeber für dieses Engagement Freistellungen ermöglichen. Auch bei der Organisation von Sitzungen müsse gewährleistet werden, dass junge Menschen unabhängig ihres Wohnortes und finanziellen Hintergrunds teilnehmen können. In Ausnahmefällen kann dies bedeuten, dass eine weitere Übernachtung genehmigt wird, um nächtliche Reisezeiten und Aufenthalte in Bahnhöfen zu vermeiden. Zudem gelte es, auch Prozesse und Sitzungen kinder- und jugendgerecht sowie ansprechend zu gestalten.

Um den Wissenstransfer zwischen ausscheidenden und nachfolgenden jungen Menschen zum Beispiel in Beratungsgremien zu gewährleisten, wird die Einführung eines Buddy- oder Alumni-Systems vorgeschlagen. Dies könne jedoch nur dann umgesetzt werden, wenn neue Mitglieder schon frühzeitig feststehen und eine Übergabe-Phase ermöglicht werden kann. Zudem könne ein schriftliches „Onboarding“, zum Beispiel im Rahmen eines internen Wikis, zu inhaltlichen wie auch organisatorischen Aspekten, den Zugang für neue Mitglieder erleichtern. Immer wieder wird auf die Rollenklärung und die diffusen Rollenzuschreibungen gegenüber den jungen Menschen hingewiesen. Die jungen Menschen befürworten transparente Strukturen, die es ermöglichen, sich international aber auch national mit anderen Gremien zu vernetzen und fachliche Perspektiven auszutauschen, aber auch um strukturelle Bedingungen vergleichen zu können.

- Augsberger, Astraea; Collins, Mary E.; Howard, Riana C. (2024): The global context of youth engagement: A scoping review of youth councils in municipal government. In: *Children and Youth Services Review* 156. DOI: 10.1016/j.childyouth.2023.107349.
- Bertrand, Melanie; Brooks, Maneka Deanna; Domínguez, Ashley D. (2023): Challenging Adultism: Centering Youth as Educational Decision Makers. In: *Urban Education* 58 (10), S. 2570–2597. DOI: 10.1177/0042085920959135.
- Bundesjugendkuratorium (2025): Zentrale Eckpunkte zur Weiterentwicklung der Beteiligungsformate junger Menschen auf Bundesebene. Appell. München. Online verfügbar unter <https://bundesjugendkuratorium.de/presse/klare-zustaendigkeiten-und-uebergreifende-standards!.html>.
- Cahill, Helen; Dadvand, Babak (2018): Re-conceptualising youth participation: A framework to inform action. In: *Children and Youth Services Review* 95, S. 243–253. DOI: 10.1016/j.childyouth.2018.11.001.
- Canosa, Antonia; Graham, Anne; Simmons, Catharine (2022): Progressing children’s rights and participation: Utilising rights-informed resources to guide policy and practice. In: *Aust J Social Issues* 57 (3), S. 600–626. DOI: 10.1002/ajs4.202.
- Corney, Tim; Cooper, Trudi; Shier, Harry; Williamson, Howard (2022): Youth participation: Adultism, human rights and professional youth work. In: *Children & Society* 36 (4), S. 677–690. DOI: 10.1111/chso.12526.
- Deutscher Bundestag (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. BT-Drucksache 20/12900. Berlin. Online verfügbar unter <https://dip.bundestag.de/vorgang/bericht-%C3%BCber-die-lage-junger-menschen-und-die-bestrebungen-und/315568>, zuletzt geprüft am 08.04.2024.
- Emmer, Martin; Leißner, Laura; Strippel, Christian; Porten-Cheé, Pablo; Schaetz, Nadja (2021): Weizenbaum Report 2021: Politische Partizipation in Deutschland. DOI: 10.34669/wi.wr/2.
- Strippel, Christian; Jokerst, Sofie; Heger, Katharina; Emmer, Martin (2024): Weizenbaum Report 2024: Politische Partizipation in Deutschland. DOI: 10.34669/wi.wr/5. Unter Mitarbeit von Antonia Peißker, Katrin Rothermel und Lisa Zenke

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) ist ein von der Bundesregierung eingesetztes Sachverständigengremium. Es berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe und in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik. Dem BJK gehören bis zu 15 Sachverständige aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft an, von denen fünf junge Menschen unter 27 Jahren sind. Die Mitglieder werden durch die Bundesministerin/den Bundesminister für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Dauer der laufenden Legislaturperiode berufen.

[www.bundesjugendkuratorium.de](http://www.bundesjugendkuratorium.de)



Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

### VORSTAND

---

Prof. Dr. Wolfgang Schröer

Daniela Broda

Baro Vicenta Ra Gabbert

### MITGLIEDER

---

Marie Borst

Christine Buchheit

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani

Prof. Dr. Florian Gerlach

Daniel Grein

Nikolas Karanikolas

Prof. Dr. med. Michael Kölch

Dr. Christian Lüders

Nadja Rückert

Dirk Schröder

Melissa Sejdí

Dr. Kristin Teuber

### STÄNDIGER GAST

---

Prof. Dr. Sabine Walper

### ARBEITSSTELLE KINDER- UND JUGENDPOLITIK, MÜNCHEN

---

Dr. Pia Jaeger

Leitung Arbeitsstelle

Kinder- und Jugendpolitik

Dr. Max Reinhardt

Wissenschaftlicher Referent

Sofie Jokerst

Wissenschaftliche Referentin